

Ein gefährlicher Erfolg

von Thomas Nord

Im Juli des Jahres wird Kroatien das 28. Mitgliedsland der Europäischen Union. Obwohl die Kräfte in der EU durch ihre eigene politische Lage stark beansprucht werden, zeichnet sich nun ab, dass das Versprechen von Thessaloniki - eine Beitrittsperspektive für den gesamten West-Balkan - aus dem Jahr 2003 weiter verfolgt wird. Der Erweiterungsprozess der EU wendet sich nun mit voller Aufmerksamkeit der komplizierten Lage zwischen Serbien und Kosovo zu. Die serbische Provinz Kosovo hatte sich am 17. Februar 2008 einseitig von Serbien gelöst und als unabhängiger Staat ausgerufen. Dies hat zu einem hohen Konfliktpotenzial zwischen beiden Parteien geführt, Serbien hat diese Souveränitätserklärung bis heute nicht anerkannt. Der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag hat in seinem Gutachten vom 22. Juli 2010 festgestellt, dass die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo nicht gegen das Völkerrecht verstößt. Dieses Ergebnis wurde von einer Mehrheit von 10 der 14 beteiligten Richter getragen.

Am Freitag, den 19. April 2013 wurde nun eine schriftliche Vereinbarung über die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Premierministern von Serbien, Ivica Dačić und Kosovo, Hashim Thaçi unterzeichnet. In der Vereinbarung geht es unter anderem um Minderheitenrechte für die Gemeinden im Norden des Kosovo, die mehrheitlich von Serben bewohnt werden. Gemäß der jetzt geschlossenen Vereinbarung können sich nun diese Kommunen zu einem Gemeindeverband zusammenschließen. Der Verband wird durch ein Statut begründet. Der Gemeindeverband kann zusätzliche Kompetenzen von der Zentralregierung übertragen bekommen. Der Gemeindeverband soll in allen zentralen Ebenen vertreten sein. Es soll eine Polizeigewalt geben, die den Namen Kosovo-Polizei haben wird. Es soll einen regionalen Polizeikommandanten für die vier serbischen Gemeinden (Nord-Mitrovica, Zvečan, Zubin Potok und Leposavic) geben. Die Zusammensetzung der Kosovo Polizei im Norden wird die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung der vier Gemeinden reflektieren. Das heißt, sie wird eine serbische Polizei in Nordkosovo sein, deren Führung durch Serben gestellt wird, auch wenn Prishtina sie bestätigen muss.

Die Justizbehörden werden in den Rechtsrahmen des Kosovo integriert, aber werden ebenfalls durch Serben aus dem Nordkosovo besetzt und geführt. Die Kommunalwahlen 2013 sollen in den nördlichen Gemeinden unter Koordinierung der OSZE im Einklang mit dem Kosovo Gesetz und internationalen Standards abgehalten werden. Als wichtigster Punkt aus Sicht der EU haben beide Seiten vereinbart, dass sie dem jeweils anderen den Weg in die EU nicht blockieren. Die Umsetzung wird durch die EU unterstützt. Das Abkommen wurde von beiden Parlamenten ratifiziert. Die unmittelbaren Reaktionen in Serbien und Kosovo zeigen, dass die Interpretationen in unterschiedlicher Weise erfolgen und alte Befürchtungen nicht völlig aus dem Weg geräumt sind. Dies gilt insbesondere für die Frage der Anerkennung der Souveränität des Kosovo durch Serbien und die Anerkennung der Souveränität des Kosovo durch die im Kosovo lebenden Nord-Serben. Sie lehnen das Abkommen bislang kategorisch ab und wollen keine Eingliederung in das kosovarische System, auch wenn ihnen das Abkommen die Möglichkeit auf Autonomie ihrer Gemeinden einräumt.

Auf der anderen Seite muss die kosovarische Regierung nun die Umsetzung des Abkommens durchsetzen. Gleichzeitig soll die NATO, die 1999 Serbien bombardiert hat, nun für den Schutz der Serben im Nord-Kosovo eintreten. Als Belohnung für dieses Abkommen hat Erweiterungskommissar Štefan Füle den Mitgliedsstaaten der EU am Montag offiziell

empfohlen, mit Serbien über einen EU-Beitritt und mit Kosovo über ein Assoziierungsabkommen zu verhandeln. Er betonte allerdings auch, dass damit noch kein konkretes Datum für Gespräche fest stehe. Die EU wird über weitere Schritte im Juni entscheiden. Als nächster Schritt steht auf europäischer Ebene die Frage der Zustimmung der EU-Mitgliedsstaaten auf der Tagesordnung. Seitens der schwarz-gelben Bundesregierung wird betont, dass überprüfbare Ergebnisse vorliegen müssen. Dies bezieht sich auch auf die Verhandlungen über die Privatisierung von Energie- und Telekommunikationsunternehmen, bzw. des Investitionsvolumens für deutsche Unternehmen. Erst wenn Umsetzungsergebnisse vorliegen, die auch den Bürgern der Mitgliedsstaaten den eigenen Mehrwert verdeutlichen, sollen weitere Entscheidungen getroffen werden. Kurzfristig wird die Bundesregierung auf Zeit spielen und Entscheidungen über weiterführende Schritte hinter die Wahl im Herbst 2013 hinausschieben wollen. Langfristig wird dies aber nicht möglich sein und ist vermutlich auch nicht erwünscht.

Die Erklärung, sich auf dem Weg in die EU nicht im Weg zu stehen, unterstreicht den Effekt, den sich beide Ländern von dem Beitritt erhoffen. Allerdings scheint es so zu sein, dass wenn drei das Gleiche tun, es noch lange nicht dasselbe sein muss. Für den Kosovo geht es darum, das Verfahren der einseitigen Abspaltung und Etablierung eines unabhängigen Staates zum Erfolg zu führen. Gerade in diesem Erfolg liegt aber eine weitere Gefahr für den Zusammenhalt der Europäischen Union. Denn auf der Ebene der 27 Mitgliedsstaaten erkennen nur 22 Mitglieder das Kosovo als souveränen Staat an, 5 tun dies nicht. Die Slowakei, Griechenland, Rumänien, Zypern und Spanien haben innenpolitische Gründe, diese Anerkennung zu verweigern. Im Jahr 2014 zum Beispiel stimmt Katalonien über seine Abspaltung von Spanien ab, wenn es nach dem Willen der Regierung in Barcelona geht. Sie hat in das katalanische Parlament eine Unabhängigkeitserklärung eingebracht, die den Weg dahin ebnet. 85 Abgeordnete stimmten für die Resolution, 41 dagegen. Wenn dieses Referendum positiv abgeschlossen wird, ist der kosovarische Weg zum Leitfadens für das weitere Vorgehen.

Für die serbische Seite geht es darum, ohne Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit des Kosovo, den Weg zu Beitrittsverhandlungen zur EU zu öffnen. Die europäische Union will die beiden anderen Parteien dazu zwingen, den Status Quo einzuhalten, und so dem gesamten West-Balkan eine EU-Perspektive offen zu halten. Ein Pokerspiel, bei trübem Kerzenschein auf einem Fass mit Schwarzpulver und offenem Ausgang.